

Auftrag Metzger betreffend Überprüfung der kantonalen Grenzabstandsvorschriften für Pflanzen; Bäume und Lebhäge (Art. 96 ff. EGzZGB; Art. 76 Abs. 5 KRG)

Es ist verbreitet, Pflanzen in der Nähe angrenzender Grundstücke zu setzen (Markierung der Grenze, Schaffung von Privatsphäre oder Schatten für einen Sitzplatz, zur Verschönerung). Sichtschutz kann aber auch zu einer missbräuchlichen «Neidmauer» führen, zur Versperrung der Aussicht. Nicht selten geben solche in Grenznähe stehenden Pflanzen Anlass zu nachbarlichen Auseinandersetzungen und belasten Baubehörden und Gerichte. Art. 688 ZGB gibt seit mehr als 100 Jahren den Kantonen die Befugnis, für Anpflanzungen je nach der Art des Grundstückes und der Pflanzen bestimmte Abstände vom nachbarlichen Grundstück vorzuschreiben. Der Kanton Graubünden hat bei Inkrafttreten des ZGB vor 100 Jahren von dieser Befugnis teilweise Gebrauch gemacht. Er hat die Grenzabstände für Pflanzen im Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch geregelt sowie eine strenge Verjährungsvorschrift für den Beseitigungsanspruch gesetzt (Art. 96 ff. ZGB). Das ist heute ein grosses Problem. Auch hochstämmige Bäume sind in den ersten Jahren noch klein und kein Problem für den Nachbarn, der sich deshalb nicht wehrt. 15 Jahre später werden diese Pflanzungen für ihn zum Problem. Dann aber ist der kantonale Beseitigungsanspruch verjährt; und es gelten die erhöhten Voraussetzungen des bundesrechtlichen Beseitigungsanspruchs, der nur über sehr kostspielige und komplexe Gerichtsverfahren durchgesetzt werden kann.

Der Kanton Graubünden hat seit vielen Jahrzehnten an seinen Pflanzenabstandsvorschriften nichts geändert. Sie gelten zudem in gleicher Weise in der Bündner Herrschaft, in der oberen Surselva, im Puschlav, im oberen Landwassertal und im Oberengadin, und das trotz verschiedenen klimatischen und topografischen Bedingungen und Siedlungsstrukturen.

Bürgerinnen und Bürger verlangen nach einfachen Regelungen. Sich widersprechende Bestimmungen des Zivil- und des öffentlichen Rechts sowie Doppelspurigkeit sind zu vermeiden (der Lebhag ist in Art. 76 Abs. 4 KRG geregelt) und aufzuheben. Das gelänge über die Befugniserteilung an die Gemeinden, die Abstandsregelungen für Pflanzen vorzunehmen, womit gleichzeitig dem Bedürfnis nach verschiedener Regelung in verschiedenen Kantonsgebieten entsprochen werden könnte. Das stärkte die Gemeindeautonomie. Die strenge kantonale Verjährungsvorschrift beim Beseitigungsanspruch führt mit der Zeit zu einer hohen Belastung der Betroffenen, womit die Frage nach ihrer Revision oder gar Abschaffung zu stellen ist.

Die Unterzeichnenden fordern die Regierung im Sinne dieser Überlegungen auf, dem Grossen Rat aufzuzeigen, ob und wo mit Bezug auf die in Art. 688 ZGB dem Kanton erteilte, gesetzgeberische Befugnis Revisionsbedarf besteht, und gegebenenfalls eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

Chur, 30. August 2025

Metzger, Schutz, von Ballmoos, Adank, Altmann, Bärtsch, Bavier, Berthod, Berweger, Bundi, Candrian, Casutt, Caviezel, Claus, Collenberg, Cortesi, Cramer, Della Cà, Derungs, Dürler, Furger, Grass, Hartmann, Hefti, Heim, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Koch, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Morf, Natter, Pfäffli, Rauch, Righetti, Roffler, Sax, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Wieland



Sitzung vom

14. Oktober 2025

Mitgeteilt den

15. Oktober 2025

Protokoll Nr.

715/2025

Auftrag Metzger

betreffend Überprüfung der kantonalen Grenzabstandsvorschriften für Pflanzen;
Bäume und Lebhäge (Art. 96 ff. EGzZGB; Art. 76 Abs. 5 KRG)

Antwort der Regierung

Art. 688 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) erlaubt es den Kantonen, (zivilrechtlich) für Anpflanzungen je nach der Art des Grundstücks und der Pflanzen bestimmte Abstände vom Nachbargrundstück vorzuschreiben. Für Einfriedungen bleibt in Bezug auf deren Art ebenso das kantonale Privatrecht vorbehalten (Art. 697 Abs. 2 ZGB). Daneben sind Kanton und Gemeinden nach Art. 6 und 702 ZGB frei, öffentlich-rechtliche Grundeigentumsbeschränkungen zum allgemeinen Wohl zu setzen, soweit sie die Anwendung des Bundesprivatrechts nicht verunmöglichen oder übermässig erschweren und zudem auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sind. Zivilrecht von Bund und Kanton sowie öffentliches Recht von Bund, Kanton und Gemeinde bestehen also nebeneinander und können auch die gleichen Gegenstände regeln. Oft ist das verwirrt. Mit der Totalrevision des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) per 1.11.2005 wurden daher Normendualismus und Doppelspurigkeiten beseitigt, v. a. im Rechtsschutzverfahren (zivilrechtliche / öffentlichrechtliche Baueinsprache). Art. 101 Abs. 1 und 2 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGzZGB; BR 210.100) betreffend Einfriedungen und Lebhäge wurden in Art. 76 Abs. 4 und 5 KRG überführt, Art. 96 und 97 EGzZGB über die Pflanzabstände verblieben im Zivilrecht. Der Grosse Rat hat noch weitere zivilrechtliche Normen ins KRG überführt (Art. 89–95, Art. 100 Abs. 1 Satz 1 EGzZGB), andere bewusst aber im Zivilrecht belassen (Art. 98–100, Art. 101 Abs. 3 bis 5, Art. 102–107 EGzZGB).

Unabhängig aller öffentlich-rechtlichen Baubestimmungen besteht stets ein zivilrechtlicher Minimalschutz gemäss Art. 679 / 684 ZGB. Gibt es aber öffentlich-rechtliche Normen, ist die zivilrechtliche Bedeutung enorm reduziert (s. auch Art. 679 Abs. 2 ZGB, neu per 1.1.2012). Die Gemeinden dürfen in ihren (öffentlich-rechtlichen) Baugesetzen gemäss KRG und Art. 702 ZGB auch Abstandsvorschriften erlassen, die von Art. 75 und 76 KRG abweichen (Art. 77 KRG). Sie dürfen darin auch Pflanzabstände und andere als in Art. 96 EGzZGB setzen. Bei deren Unterschreitung stünde aber der zivilrechtliche Klageweg offen. Dies würde selbst bei einer Aufhebung von Art. 96 EGzZGB

gelten, da wie erwähnt ein Minimalschutz nach Art. 684 ZGB besteht. Zudem sind die Gemeinden dem öffentlichen Interesse sowie der Verhältnismässigkeit verpflichtet und dürfen die Anwendung des Bundesprivatrechts nicht verunmöglichen oder übermässig erschweren. Eine Überführung von Art. 96 EGzZGB ins KRG oder in kommunale Bau-erlasse würde auch bedeuten, dass die Zuständigkeit von den Zivilgerichten auf die kommunale Baupolizei überginge. Diese müsste im Rahmen von Bauabnahmen oder, solange die Pflanze steht, von Amtes wegen oder bei Beschwerden von Nachbarn-schaften Vorkehrungen treffen. Das erscheint nicht opportun; der Zivilweg ist ange-brachter. Würde im Übrigen Art. 96 EGzZGB ersatzlos gestrichen, so wären eher kom-pliziertere Zivilverfahren zu erwarten. Die Bestimmung gibt immerhin einen vernünfti-gen Rahmen vor, und alle Kantone kennen solche Pflanzabstände. Art. 75 / 76 KRG sollen ebenfalls nicht aufgehoben werden. Es sind grundlegende Vorgaben, welche nur gelten, wenn die Gemeinden sie nicht übersteuern. Und das können sie kraft Art. 77 KRG.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Konzeption bewährt hat. Vor 20 Jah-ren wurden die Doppelnormierungen und Doppelspurigkeiten beseitigt. Eine Strei-chung der Abstandsvorschriften aus dem KRG ist unzweckmässig, da die Gemeinden diese bei Bedarf übersteuern können. Auch eine Streichung von Art. 96 EGzZGB wäre nicht zielführend, da der zivilrechtliche Klageweg bestehen bliebe, aber eher verkom-pliziert würde, weil es keine konkreten, klaren Regeln mehr gäbe. Die Aufnahme der Pflanzabstände in den verschiedenen kommunalen Bauerlassen wäre ebenfalls nicht zweckmässig, da damit vermehrte baupolizeiliche Aufgaben entstünden, die Gemein-den darauf achten müssten, was überhaupt von Bundesrechts wegen zulässig wäre, und es dafür langwieriger Baugesetzes-, also Ortsplanungsrevisionen, bedürfte. Die nachbarlichen Auswirkungen eines Baums sind übrigens regional nicht unterschied-lich. Zu überlegen wäre höchstens, ob die Verjährungsfrist von fünf Jahren in Art. 96 Abs. 3 EGzZGB zu ändern wäre, auch wenn sich diese jahrzehntelang bewährt hat. Nur die Hälfte der Kantone hat längere oder keine Fristen. Dieser Punkt kann anläss-lich anderer (ohnehin anstehender) Revisionen oder im Rahmen der Aufträge Crameri und Kocher (s. Augustsession 2025) geprüft werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vor-liegenden Auftrag betreffend die Prüfung der Verjährungsfrist in Art. 96 Abs. 3 EGzZGB zu überweisen und betreffend die restlichen Punkte abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Metzger concernent l'examinaziun da las prescripziuns chantunalas da distanza dal cunfin per plantas, bostgs e saivs vivas (art. 96 ss. LIcCS; art. 76 al. 5 LPTGR)

Igl è derasà da metter plantas en la vischinanza da bains immobigliars cunfinants (per marcar il cunfin, per stgaffir sfera privata u far sumbriva per ina plazza da seser, per decorar). In paravista po dentant er generar in «mir da scuidanza» abusiv e bloccar la survista. Talas plantas, ch'èn situadas en la vischinanza dal cunfin, chaschunan savens dispitas tranter vischins ed engrevgeschan las autoritads da construcziun e las dretgiras. Dapi passa 100 onns dat l'art. 688 CCS als chantuns il dretg da prescriber, en tge distanza dal bain immobigliar vischinant ch'i dastgan vegnir fatgas plantaziuns prendend resguard da la qualidad dal funs e da las plantas. Avant 100 onns, cura ch'il CCS è entrà en vigur, ha il chantun Grischun per part fatg diever da quest dretg. En la Lescha introductiva tar il Cudesch civil svizzer ha el reglà las distanzas dal cunfin per plantas, ed ha fixà ina prescripziun da surannaziun severa per il dretg d'allontanament (art. 96 ss. LIcCS). Quai è oz in grond problem. Er bostgs cun bist aut èn durant ils emprims onns anc pitschens e nagin problem per il vischin, uschia che quel na sa dosta betg. 15 onns pli tard daventan questas emplantaziuns in problem per el. Lura è il dretg chantunal d'allontanament dentant surannà; ed i valan las premissas pli autas dal dretg d'allontanament federal, che po vegnir fatg valair mo sur proceduras giudizialas fitg charas e complexas.

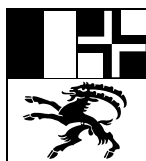
Dapi blers decennis n'ha il chantun Grischun midà nagut vi da sias prescripziuns da distanza per las plantas. Plinavant valan questas prescripziuns da medema maniera en il Signuradi, sisum la Surselva, en il Puschlav, sisum il Landwassertal ed en l'Engiadin'Ota, e quai malgrà differentas cundiziuns climaticas e topograficas e malgrà diversas estructuras d'abitadi.

Burgaisas e burgais pretendan regulaziuns simplas. Disposiziuns cuntradictoricas dal dretg civil e dal dretg public sco er duplicitads èn d'evitar (la saiv viva è reglada en l'art. 76 al. 4 LPTGR) e d'abolir. Quai gartegiass, sche las vischnancas survegnissan il dretg da reglar sezzas las distanzas dal cunfin per plantas. A medem temp fissi pussaivel d'ademplier il basegn da disponer da differentas regulaziuns en differentas regiuns dal chantun. L'autonomia communal vegniss rinforzada. La prescripziun da surannaziun chantunala severa en connex cun il dretg d'allontanament chaschuna cun il temp grondas grevezzas a las personas pertutgadas, uschia ch'ins sto tschentiar la dumonda, sche la prescripziun saja da reveder u schizunt d'abolir.

En il senn da questas ponderaziuns incumbenseschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders la Regenza da mussar al Cussegl grond, sche e nua ch'igl exista in basegn da revisiun areguard la cumpetenza legislativa ch'è vegnida concedida al chantun en l'art. 688 CCS, ed eventualmain d'elavurar in project da lescha correspondent.

Cuira, ils 30 d'avust 2025

Metzger, Schutz, von Ballmoos, Adank, Altmann, Bärtsch, Bavier, Berthod, Berweger, Bundi, Candrian, Casutt, Caviezel, Claus, Collenberg, Cortesi, Cramer, Della Cà, Derungs, Dürler, Furger, Grass, Hartmann, Hefti, Heim, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Koch, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Morf, Natter, Pfäffli, Rauch, Righetti, Roffler, Sax, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Wieland



Sesida dals

14 d'october 2025

Communitgà ils

15 d'october 2025

Protocol nr.

715/2025

Incumbensa Metzger

concernent l'examinaziun da las prescripziuns chantunalas da distanza dal cunfin per plantas, bostgs e saivs vivas (art. 96 ss. LItCCS; art. 76 al. 5 LPTGR)

Resposta da la Regenza

L'art. 688 dal Cudesch civil svizzer (CCS; CS 210) permetta als chantuns da prescriber (tenor il dretg civil), en tge distanza dal bain immobigliar vischinant ch'i dastgan vegnir fatgas plantaziuns prendend resguard da la qualidad dal funs e da las plantas. Per las saivs resta areguard lur qualidad er resalvà il dretg privat chantunal (art. 697 al. 2 CCS). Tenor ils art. 6 e 702 CCS èn ultra da quai il chantun e las vischnancas libers da fixar restricziuns da la proprietad funsila da dretg public a favur dal bainstar general, uschenavant che quellas n'impedeschan betg u n'engrevgeschan betg sproporziunadamain l'applicaziun dal dretg federal privat. Plinavant ston talas restricziuns avoir ina basa legala ed esser en l'interess public sco er commensuradas. Il dretg civil da la Confederaziun e dal chantun sco er il dretg public da la Confederaziun, dal chantun e da las vischnancas existan pia in sper l'auter e pon er reglar ils medems objects. Savens irritescha quai. Cun la revisiun totala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100) ch'è entrada en vigur il 1. da november 2005, èn perquai vegnids eliminads dualissem da normas e duplicitads, cunzunt en la procedura giudiziala da protecziun giuridica (protesta da construcziun da dretg civil / da dretg public). L'art. 101 al. 1 e 2 da la Lescha introductiva tar il Cudesch civil svizzer (LItCCS; DG 210.100) davart saivs e saivs vivas è vegnì transferì en l'art. 76 al. 4 e 5 LPTGR, ils art. 96 e 97 LItCCS davart las distanzas da plantas èn restads en il dretg civil. Il Cussegl grond ha anc transferì ulteriuras normas dal dretg civil en la LPTGR (art. 89–95, art. 100 al. 1 frasa 1 LItCCS), autras normas ha el dentant sapientivamain laschè en il dretg civil (art. 98–100, art. 101 al. 3 fin 5, art. 102–107 LItCCS).

Independentamain da tut las disposiziuns da construcziun da dretg public exista adina ina protecziun minimala da dretg civil tenor ils art. 679 e 684 CCS. Sch'i dat però normas da dretg public, è l'impurtanza dal dretg civil reducida enormamain (cf. er art. 679 al. 2 CCS, nov per il 01-01-2012). En lur leschas da construcziun (da dretg public) dastgan las vischnancas – tenor la LPTGR e l'art. 702 CCS – er relaschar prescripziuns da distanza, che divergeschan da l'art. 75 e 76 LPTGR (art. 77 LPTGR). En quellas dastgan ellas er fixar distanzas da plantas ed autras che en l'art. 96 LItCCS. Sche talas vegnissan sutpassadas, dessi però la pussaivladad da far in plant da dretg civil. Quai valess er, en cas che l'art. 96 LItCCS vegniss abolì,

perquai ch'igl exista sco gia numnà ina protecziun minimala tenor l'art. 684 CCS. Ultra da quai han las vischnancas l'obligaziun da resguardar l'interess public sco er la commensurabladad e na dastgan betg impedir u engrevgiar sproporziunadamain l'applicaziun dal dretg federal privat. In transferiment da l'art. 96 LtCCS en la LPTGR u en relaschs communal da construcziun signifitgass er, che las cumpetenzas vegnissan transferidas da las dretgiras civilas a la polizia da construcziun communal. Quella stuess prender mesiras en il rom da collaudaziuns ubain – uschè ditg che la planta stat – d'uffizi u en cas da reclamaziuns da vischins. Quai na para betg d'esser opportun; la via civila è pli adeguata. Sche l'art. 96 LtCCS vegniss stritgà senza cumpensaziun, alura stuess ins far quint cun proceduras civilas plitost pli cumplitgadas. La disposiziun determinescha almain in rom raschunaivel, e tut ils chantuns enconuschan talas distanzas da plantas. Er ils art. 75 e 76 LPTGR na duain betg vegnir abolids. Quai è prescripziuns da basa che valan mo, sche las vischnancas na surpassan betg talas. E quai pon ellas far sin basa da l'art. 77 LPTGR.

Resumond pon ins constatar, che questa concepziun è sa cumprovada. Avant 20 onns è las normaziuns dublas e las duplicitads vegnidas eliminadas. I n'è betg cunvegnent da stritgar las prescripziuns da distanza or da la LPTGR, perquai che las vischnancas pon surpassar talas en cas da basegn. Er da stritgar l'art. 96 LtCCS na manass betg a las finamiras, perquai che la pussaivladad da far in plant civil vegniss mantegnida, daventass però plitost pli cumplitgada, perquai ch'i na dess pli naginas reglas concretas. L'integraziun da las distanzas da plantas en ils differents relaschs da construcziun communal na fiss er betg adeguata. Qua tras resultassan numnamain dapli incumbensas per la polizia da construcziun. Plinavant stuessan las vischnancas resguardar, tge che fiss insumma permess tenor il dretg federal, ed i duvress per quai revisiuns da leschas da construcziun, pia revisiuns da la planisaziun locala, che sa tirassan a la lunga. Ils effects d'in bostg sin ils vischins è dal rest ils medems en mintga regiun. Ins stuess sin il pli ponderar, sch'i fiss da midar il termin da surannaziun da 5 onns en l'art. 96 al. 3 LtCCS, er sche tal è sa cumprovà durant decennis. Mo la mesadad dals chantuns ha pli lungs termins u insumma nagins. Quest punct po vegnir examinà a chaschun d'autras revisiuns (ch'èn tuttina da far proximamain) ubain en il rom da las incumbensas Crameri e Kocher (cf. sessiun d'avust 2025).

Sin basa da questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'approvar l'incumbensa qua avant maun concernent l'examinaziun dal termin da surannaziun en l'art. 96 al. 3 LtCCS e da la refusar concernent tut ils ulteriurs puncts.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

**Incarico Metzger concernente la verifica delle prescrizioni cantonali sulle distanze dai confini per piante; alberi e siepi
(art. 96 segg. LICC; art. 76 cpv. 5 LPTC)**

È comune mettere a dimora piante in prossimità di fondi confinanti (per delimitare il confine, creare privacy od ombra, per bellezza). Una protezione visiva posata per bloccare la vista ai vicini può anche diventare una «provocazione» abusiva. Non di rado simili piante messe a dimora vicino ai confini danno origine a controversie tra vicini e gravano autorità edilizie e tribunali. Da oltre 100 anni, l'art. 688 CC attribuisce ai Cantoni la facoltà di prescrivere determinate distanze dal fondo del vicino per le piantagioni, secondo la natura dei fondi e delle piante. Al momento dell'entrata in vigore del CC 100 anni fa, il Cantone dei Grigioni ha fatto parzialmente uso di questa facoltà. Esso ha disciplinato le distanze dai confini per le piante nella legge d'introduzione al Codice civile svizzero e ha stabilito una severa norma relativa alla prescrizione della possibilità di esigere la rimozione (art. 96 segg. CC). Oggi ciò è un grande problema. Nei primi anni, anche gli alberi ad alto fusto sono ancora piccoli e non rappresentano un problema per il vicino, che quindi non si oppone. 15 anni più tardi, queste piantagioni diventano un problema. Allora, però, la possibilità di esigere la rimozione prevista dal diritto cantonale è prescritta e si applicano le condizioni più severe previste dal diritto federale, che può essere fatto valere solo attraverso procedimenti giudiziari molto costosi e complessi.

Da molti decenni il Cantone dei Grigioni non modifica le sue prescrizioni relative alla distanza delle piante. Inoltre, esse valgono allo stesso modo nella Bündner Herrschaft, nell'alta Surselva, in Valposchiavo, nella parte superiore della valle della Landwasser e in Engadina Alta, e questo nonostante le diverse condizioni climatiche e topografiche e le differenti strutture degli insediamenti.

I cittadini chiedono regole semplici. Disposizioni di diritto civile e di diritto pubblico contraddittorie nonché doppioni sono da evitare (la siepe è disciplinata nell'art. 76 cpv. 4 LPTC) e da abrogare. Ciò sarebbe possibile conferendo ai comuni la competenza di definire regolamentazioni relative alle distanze per le piante, cosa che permetterebbe allo stesso tempo di soddisfare l'esigenza di regolamentazioni differenti nelle diverse zone del Cantone. Ciò rafforzerebbe l'autonomia comunale. La severa norma cantonale relativa alla prescrizione della possibilità di esigere la rimozione porta con il tempo a un elevato carico per gli interessati, ragione per cui deve essere posta la questione se rivederla o addirittura abolirla.

Ai sensi delle presenti riflessioni, le firmatarie e i firmatari invitano il Governo a illustrare al Gran Consiglio se e dove esista una necessità di revisione riguardo alla facoltà legislativa concessa al Cantone dall'art. 688 CC e, se del caso, a elaborare un corrispondente progetto di legge.

Coira, 30 agosto 2025

Metzger, Schutz, von Ballmoos, Adank, Altmann, Bärtsch, Bavier, Berthod, Berweger, Bundi, Candrian, Casutt, Caviezel, Claus, Collenberg, Cortesi, Cramer, Della Cà, Derungs, Dürler, Furger, Grass, Hartmann, Hefti, Heim, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Koch, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Morf, Natter, Pfäffli, Rauch, Righetti, Roffler, Sax, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Wieland



Seduta del

14 ottobre 2025

Comunicato il

15 ottobre 2025

Protocollo n.

715/2025

Incarico Metzger

concernente la verifica delle prescrizioni cantonali sulle distanze dai confini per piante; alberi e siepi (art. 96 segg. LICC; art. 76 cpv. 5 LPTC)

Risposta del Governo

L'art. 688 del Codice civile svizzero (CC; RS 210) permette ai Cantoni di prescrivere (secondo il diritto civile) determinate distanze dal fondo del vicino per le piantagioni, secondo la natura dei fondi e delle piante. Anche relativamente al modo di cingere i fondi è riservato il diritto privato cantonale (art. 697 cpv. 2 CC). Inoltre, secondo gli art. 6 e 702 CC il Cantone e i comuni sono liberi di emanare nell'interesse pubblico delle restrizioni al diritto di proprietà fondiaria, purché non impediscano o non rendano eccessivamente difficile l'applicazione del diritto privato federale e inoltre si fondino su una base legale, siano di interesse pubblico e siano proporzionate. Dunque, il diritto civile federale e cantonale nonché il diritto pubblico federale, cantonale e comunale coesistono e possono anche disciplinare gli stessi oggetti. Spesso ciò crea confusione. Con la revisione totale della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100) con effetto all'1.11.2005 sono perciò stati eliminati il dualismo delle norme e i doppietti, soprattutto nella procedura di tutela giuridica (opposizione contro domande di costruzione di diritto civile / di diritto pubblico). L'art. 101 cpv. 1 e 2 della legge d'introduzione al Codice civile svizzero (LICC; CSC 210.100) concernente recinzioni e siepi è stato trasferito nell'art. 76 cpv. 4 e 5 LPTC, gli art. 96 e 97 LICC concernenti le distanze delle piante sono rimasti nel diritto civile. Il Gran Consiglio ha trasferito nella LPTC anche ulteriori norme di diritto civile (art. 89–95, art. 100 cpv. 1 frase 1 LICC), tuttavia altre le ha lasciate volutamente nel diritto civile (art. 98–100, art. 101 cpv. 3–5, art. 102–107 LICC). Indipendentemente da tutte le disposizioni edilizie di diritto pubblico, esiste sempre una tutela minima di diritto civile secondo gli art. 679 / 684 CC. Se però esistono norme di diritto pubblico, l'importanza di diritto civile risulta enormemente ridotta (vedi anche art. 679 cpv. 2 CC, nuovo dall'1.1.2012). Conformemente alla LPTC e all'art. 702 CC, nelle loro leggi edilizie (di diritto pubblico) i comuni possono emanare anche prescrizioni sulle distanze che si scostano dagli art. 75 e 76 LPTC (art. 77 LPTC). Vi possono anche stabilire distanze delle piante e altre distanze diverse da quelle previste dall'art. 96 LICC. Se queste distanze non dovessero essere rispettate, sarebbe però possibile avviare un'azione di diritto civile. Ciò varrebbe anche in caso di abrogazione

dell'art. 96 LICC, dato che, come ricordato, esiste una tutela minima secondo l'art. 684 CC. Inoltre i comuni devono rispettare l'interesse pubblico e il principio della proporzionalità e non possono impedire o rendere eccessivamente difficile l'applicazione del diritto privato federale. Un trasferimento dell'art. 96 LICC nella LPTC o in atti normativi edilizi comunali significherebbe anche che la competenza passerebbe dai tribunali civili alla polizia edilizia comunale. Quest'ultima dovrebbe adottare provvedimenti nel quadro di collaudi oppure d'ufficio, finché la pianta esiste, oppure in caso di ricorsi presentati da vicini. Ciò non sembra opportuno; la via civile è più appropriata. Inoltre, se l'art. 96 LICC venisse abrogato senza sostituzione, sarebbero da attendersi procedure civili piuttosto complicate. La disposizione prescrive pur sempre un quadro ragionevole e tutti i Cantoni prevedono tali distanze delle piante. Non devono essere abrogati nemmeno gli art. 75 / 76 LPTC. Si tratta di direttive di base che valgono solo se i comuni non le precisano. E in virtù dell'art. 77 LPTC possono farlo.

Riassumendo si deve osservare che la strategia si è dimostrata valida. Vent'anni fa sono stati eliminati le doppie norme e i doppioni. Stralciare le prescrizioni sulle distanze dalla LPTC non è opportuno, poiché se necessario i comuni possono precisarle. Anche uno stralcio dell'art. 96 LICC non sarebbe utile, dato che la via dell'azione di diritto civile continuerebbe a sussistere, ma verrebbe resa tendenzialmente più complicata, poiché non vi sarebbero più regole concrete e chiare. Nemmeno l'inserimento delle distanze delle piante nei diversi atti normativi edilizi comunali sarebbe opportuno, poiché ciò produrrebbe maggiori compiti di polizia edilizia, i comuni dovrebbero badare a quanto sia ammesso dal diritto federale e sarebbero necessarie lunghe revisioni delle leggi edilizie, dunque delle pianificazioni locali. Tra l'altro, gli effetti esercitati da un albero sui vicini non presentano differenze regionali. Si dovrebbe tutt'al più riflettere se non vada modificato il termine di prescrizione di cinque anni previsto dall'art. 96 cpv. 3 LICC, benché questo termine si sia dimostrato valido per decenni. Solo la metà dei Cantoni prevede scadenze più lunghe o non ne prevede. Questo punto potrà essere esaminato in occasione di altre revisioni (comunque previste) o nel quadro degli incarichi Cramer e Kocher (vedi sessione di agosto 2025).

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico per quanto riguarda la verifica del termine di prescrizione previsto dall'art. 96 cpv. 3 LICC e di respingerlo per quanto riguarda gli altri punti.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin